

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

14. Sitzung

Berlin, Donnerstag, den 26. Januar 2006

(...)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

(...):

Erste Beratung des von den Fraktionen der CDU/ CSU und der SPD eingebrachten Entwurfs eines **Dritten Gesetzes zur Änderung des Gentechnikgesetzes**

– Drucksache 16/430 –

Überweisungsvorschlag:

Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (f)

Rechtsausschuss

Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Ausschuss für Gesundheit

Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine halbe Stunde vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Ich bitte diejenigen, die dieser Debatte nicht folgen wollen, den Plenarsaal zu verlassen.

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner das Wort dem Kollegen Dr. Maximilian Lehmer von der CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Dr. Max Lehmer (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Gesetzesvorhaben haben immer zwei Seiten: den Wunsch und die Wirklichkeit. Das mag eine Binsenweisheit sein; aber in diesem Falle ist sie recht unmittelbar anzuwenden. Der Wunsch war und ist, dass eine breite Debatte rund um die Gentechnikgesetzgebung geführt wird. Wir müssten jetzt einen intensiven Dialog mit allen Beteiligten führen. Dies müsste gründlich und verantwortungsvoll erfolgen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Realität ist aber, dass wir unter zeitlichem Druck stehen, die EU-Vorgaben umzusetzen. Die Vorgängerregierung hat das vor sich hergeschoben; das müssen wir jetzt ausbaden.

(Beifall bei der CDU/CSU – Widerspruch bei der SPD – Dr. Uwe Küster [SPD]: Das ist seine erste Rede! Da lassen wir ihm das durchgehen!)

– Jawohl; aber wir schaffen das.

Zu den Fakten. Am 19. Dezember hat die Kommission Deutschland ultimativ aufgefordert, binnen zwei Monaten die **europäische Freisetzungsrichtlinie** umzusetzen. Die Umsetzung dieser Richtlinie, die das

- (A) Gentechnikrecht auf EU-Ebene verbindlich regelt, ist schon seit mehr als zwei Jahren überfällig. Die Kommission drohte an, im Falle der Nichtumsetzung gegen Deutschland ein Zwangsgeld zu verhängen. Dieses Zwangsgeld kann bis zu 792 000 Euro am Tag betragen. Außerdem kann es mit einem Pauschalbetrag kombiniert werden, der noch einmal ein Vielfaches dieses Tagessatzes ausmachen könnte. (C)

Es war schnell klar, dass wir jetzt keine Zeit für eine große politische Auseinandersetzung haben, die aber – ich betone – dringend notwendig und unausweichlich ist, wenn das Gentechnikrecht politisch umgestaltet wird.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir entscheiden uns deshalb für ein zweistufiges Verfahren. In einem ersten Schritt konzentrieren wir uns auf die Umsetzung der Freisetzungsrichtlinie als solche und in einem zweiten, sich unmittelbar anschließenden Schritt werden die übrigen Sachfragen und politischen Streitpunkte angegangen.

Nun zum ersten Schritt, zur Umsetzung der Freisetzungsrichtlinie. Der vorliegende Gesetzentwurf geht auf eine Formulierungshilfe der Bundesregierung zurück und ist als Fraktionsinitiative im Bundestag eingebracht worden. Die EU-Freisetzungsrichtlinie regelt die Freisetzung zu Erprobungs- und Forschungszwecken ebenso wie das Inverkehrbringen von gentechnisch veränderten Organismen. Ein großer Teil der Regelungen der Richtlinie wurde bereits mit dem Gesetz zur Neuordnung des Gentechnikrechts umgesetzt. Nunmehr erfolgt die Umsetzung des noch ausstehenden Teils, und zwar konsequent nach dem Grundsatz einer Eins-zu-eins-Umsetzung.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Dr. Edmund Peter Geisen [FDP])

Was ist nun der Inhalt dieses Gesetzentwurfs? Der Gesetzentwurf betrifft überwiegend **Form- und Verfahrensvorschriften**. Geregelt wird der Inhalt der Antragsunterlagen, zum Beispiel in Bezug auf die Umweltverträglichkeitsprüfung, die Vorlage eines Beobachtungsplans, die Zusammenfassung der Akte, die Nachforderung von Unterlagen und die Bezugnahme auf Unterlagen Dritter. Geregelt werden ferner die Bearbeitungsfristen bis zur Entscheidung bzw. bis zur Erstellung eines Bewertungsberichtes, die Öffentlichkeitsbeteiligung – ein wichtiger Punkt – und die Unterrichtung der Öffentlichkeit über die Überwachungsmaßnahmen.

So weit die Erläuterungen zum ersten Schritt der notwendigen Anpassung an die EU-Regelungen.

- (B) (Vorsitz: Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt) (D)

Lassen Sie mich nun noch einige Aussagen zur weiteren Gesetzgebung machen. Wegen der gebotenen Eile konnten in dem vorliegenden Entwurf die Anliegen des Bundesrats, die er schon in der letzten Legislaturperiode mit Nachdruck verfolgt hatte, noch nicht berücksichtigt werden. In einem zweiten, unmittelbar folgenden Schritt sollen diese Fragen aufgegriffen werden. Im Wesentlichen betrifft dies sehr wichtige Punkte, nämlich die Frage der **Haftungsregelung** und die Möglichkeit eines Ausgleichsfonds, die Definition der guten fachlichen Praxis, das Auskreuzen aus experimentellen Freisetzungen und die Definition des Inverkehrbringens sowie zusätzliche Verfahrenserleichterungen.

Ziel ist, umgehend einen Gesetzentwurf zu diesen Fragen vorzulegen. Er sollte so rechtzeitig verabschiedet werden – das ist unsere Absicht –, dass die geänderten Regelungen ihre Wirkung zur Anbauperiode 2006/07 entfalten können.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Dr. Edmund Peter Geisen [FDP])

Ich bin davon überzeugt, dass es zu unserer zweistufigen Vorgehensweise keine Alternative gibt. Die Abwendung des Zwangsgeldes ist eine dringende Aufgabe. Bitte helfen Sie dabei mit, dass das Gesetzgebungsverfahren möglichst zügig durchgeführt werden kann und unserem Land das Zwangsgeld erspart bleibt!

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Manfred Zöllmer [SPD])

Nun zu den wichtigen Zielen beim weiteren Vorgehen. Es ist uns bewusst, dass die Anwendung der **Gentechnik in der Landwirtschaft** und der Ernährungswirtschaft auf Vorbehalte, ja teilweise auf Ablehnung stößt. Diese Bedenken unserer Bürger müssen und wollen wir sehr ernst nehmen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Bei den Gesprächen mit den Bürgern ist immer wieder festzustellen, dass viele Vorbehalte auf fehlender oder unzureichender Information und Aufklärung beruhen. Leider gibt es viele in unserem Lande, die – das sage ich ausdrücklich – bewusst oder unbewusst Unsicherheit und Angst verbreiten.

(Renate Blank [CDU/CSU]: Mehr bewusst!)

- (A) Verantwortliche Politik verlangt aber wissenschaftlich fundierte und ideologiefreie Information, (C) insbesondere im Hinblick auf moderne, innovative Zukunftstechnologien.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Bedauerlicherweise ist in der Vergangenheit fast ausschließlich von Risiken der Gentechnik gesprochen worden. Die enormen Vorzüge und Chancen dieser innovativen Technologie wurden dagegen leider auch von Vertretern der Vorgängerregierung systematisch negiert; so habe ich es empfunden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU sowie des Abg. Dr. Edmund Peter Geisen [FDP])

Dabei liegen ausreichend wissenschaftlich fundierte Erkenntnisse für die sichere Anwendung auch im Lebensmittelbereich vor. Ich weise in diesem Zusammenhang auf die aktuellen Berichte der bundeseigenen Einrichtungen wie BfR oder BVL und internationaler Einrichtungen wie WHO oder FAO hin. Auf diese Erkenntnisse wird bei der anstehenden Diskussion zum zweiten Gesetzesschritt sicher noch intensiv einzugehen sein.

Alle künftigen Regelungen im Gentechnikgesetz müssen klare Aussagen bringen, und zwar erstens zum Schutz von Mensch und Umwelt – ich denke, dieser Punkt hat oberste Priorität –,

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

zweitens zur fairen Koexistenz aller Anbauverfahren auf dem Acker, drittens zur Wahlfreiheit für den Verbraucher und nicht zuletzt viertens zu verlässlichen Rahmenbedingungen für die innovative Forschung und den gesamten Investitionsbereich.

Neuere Forschungsansätze wie die Arbeit an Pflanzen für die verbesserte Nährstoffzusammensetzung, die gesteigerte Krankheits- und Schädlingsresistenz und die Optimierung als nachwachsende Rohstoffe – ein, wie ich denke, ganz aktuelles Thema – sind sehr erfolgversprechend und zeigen überzeugende Ergebnisse. Von vielen Wissenschaftlern und Wirtschaftsexperten wird die **Biotechnologie** deshalb übereinstimmend als Schlüsseltechnologie für die nächsten Jahrzehnte bezeichnet.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

- (B) Viele Pflanzenzüchter, Landwirte und Verbraucher weltweit nutzen bereits die Vorzüge der Pflanzenbiotechnologie. So werden derzeit bereits über 80 Millionen Hektar gentechnisch bearbeitete Pflanzen angebaut. Gerade in Entwicklungsländern – ich verweise auf den aktuellen FAO-Bericht, der das ganz deutlich ausweist – hat der Einsatz der Gentechnik den Menschen wertvolle Hilfe geleistet. Sowohl Anbauer wie Verbraucher nutzen damit den biologischen und ökonomischen Vorteil dieser modernen Technologie. (D)

Innovative Anbaumethoden auf Basis der Gentechnik sind jedoch nicht nur von ökonomischem Nutzen, sondern zeigen auch sehr positive **Umwelteffekte**: die Einsparung von Treibstoffen, die Reduzierung von Bodenerosion, die Verringerung des Landverbrauchs

(Ulrike Höfken [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was sind denn das für Märchen?)

und die Verringerung des Pflanzenschutzmitteleinsatzes, um nur einige wichtige zu nennen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Bereits diese kurze Darstellung zeigt, dass in der Nutzung der grünen Gentechnik für alle Beteiligten große Chancen stecken. Mit dem jetzt zu schaffenden gesetzlichen Regelwerk sind diese auch erfolgreich zu nutzen.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie des Abg. Dr. Edmund Peter Geisen [FDP])

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Lehmer, das war Ihre erste Rede in diesem Hause. Dafür bedanken wir uns herzlich und wünschen Ihnen weiterhin Erfolg.

(Beifall)

Ich gebe das Wort Dr. Christel Happach-Kasan von der FDP-Fraktion.

Dr. Christel Happach-Kasan (FDP):

- (A) Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich, heute zu Ihnen zu sprechen. Ich möchte dem Kollegen Lehmer zu seiner ersten Rede hier gratulieren, in der er sehr überzeugend und sachlich kompetent über die Vorzüge der grünen Gentechnik gesprochen hat. (C)

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Herr Kollege Lehmer, ich sehe Sie als einen Verbündeten dabei an, diese Bundesregierung und diese große Koalition anzutreiben, den Worten tatsächlich Taten folgen zu lassen. Ich nehme Sie als Kronzeugen; denn auch Sie wollen eine weitere Novellierung des Gentechnikgesetzes. Ich freue mich auf eine gute Zusammenarbeit – in diesem Fall mit der Regierung.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Ulrike Höfken [BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN]: Das ist ein vergiftetes Lob!)

Liebe Kollegin Drobinski-Weiß, ich bin ein bisschen erschüttert darüber, dass die SPD-Fraktion das Thema Abwendung von Zwangszahlungen gar nicht auf ihrer Tagesordnung hat. Sie haben Ihrem Koalitionskollegen vorhin keinen Beifall gezollt, obwohl die SPD mitverantwortlich dafür ist, dass die Bundesregierung in diese schwierige Situation gekommen ist. Ich finde dieses Verhalten ausgesprochen schade und hoffe, dass es noch ein bisschen mehr Einsatz für die Abwendung von Zwangszahlungen gibt, damit Minister Steinbrück nicht unnötige Geldausgaben tätigen muss.

(Ulrich Kelber [SPD]: Sagen Sie das mal den Landesregierungen mit FDP-Beteiligung!)

Ich will ausdrücklich sagen, dass der Einstand von Minister Seehofer gut gewesen ist. Das Bundessortenamt hat erstmals den Anbau und Vertrieb von drei gentechnisch veränderten Pflanzensorten erlaubt. Damit ist der Minister – es ist schade, dass er heute nicht anwesend ist – zu einer Politik der Rechtsstaatlichkeit zurückgekehrt. Das verdient zwar kein Lob, weil es selbstverständlich ist, aber es verdient Anerkennung, weil es einen Bruch mit dem Verhalten der Vorgängerregierung bedeutet. Deutschland ist keine Bananenrepublik.

(Beifall bei der FDP – Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der SPD)

– Vielen Dank für den Beifall von der SPD. Sie haben es erkannt.

Deutschland läuft Gefahr, ab dem 19. Februar zur Zahlung von Strafgeldern verpflichtet zu werden. Das ist eine Altlast der rot-grünen Regierung

- (B) (Ulrike Höfken [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist der Bundestag gewesen!) (D)

– nein, das ist die Altlast der rot-grünen Regierung –, die mit dem Bundesrat nicht ins Einvernehmen kommen konnte.

(Waltraud Wolff [Wolmirstedt] [SPD]: Keine Geschichtsverfälschung! – Ute Kumpf [SPD]: So sind sie von der FDP!)

Aber auch die große Koalition hätte es schaffen können, einen Entwurf für dieses Minimalgesetz rechtzeitig vorzulegen. Ich finde es schade, dass sie es nicht hingekriegt hat.

(Beifall bei der FDP – Ulrike Höfken [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie haben es nicht hingekriegt!)

Ich beklage sehr, dass Minister Seehofer mal so und mal so spricht. Der Minister hat die Verantwortung für die Umsetzung des Koalitionsvertrages. Dort heißt es, die **grüne Gentechnik** solle in Anwendung und Forschung gefördert werden. Das ist eine sehr eindeutige Aussage. Wir messen Sie daran, ob Sie das schaffen werden.

Die Bedenken aus der SPD – wir haben darüber lesen können – zielen darauf ab, die Grünen in ihrer Rolle als Angstschürer zu beerben.

(Zurufe von der SPD: Oh! – Ute Kumpf [SPD]: Welche Worte! – Zuruf von der FDP: So ist es!)

Auf einmal ist vergessen, dass die SPD-Minister Bulmahn, Clement und Stolpe sehr wohl die **Beschäftigungspotenziale der grünen Gentechnik** erkannt haben. Bei 4,6 Millionen Arbeitslosen haben wir keinen Bedarf für eine solche Politik von Bedenkenträgern.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD-Fraktion, ich empfehle Ihnen, einen Blick auf die Internetseite der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie zu werfen. Schwerpunktthema ist dort die Bio- und Gentechnologie. Dort heißt es:

- (A) Die Bio- und Gentechnologie zählt zu den wichtigsten Innovationsfeldern des 21. Jahrhunderts. Sie setzt starke Impulse für die verschiedenen Anwendungsbereiche und wird wirtschaftlich in Zukunft eine große Rolle spielen. (C)

Ich empfehle Ihnen, sich einmal bei Ihrer Gewerkschaft zu informieren.

(Beifall bei der FDP – Jörg Tauss [SPD]: Sind Sie Mitglied? – Ulrich Kelber [SPD]: Schauen Sie mal auf die Webseite von Bauen-Agrar-Umwelt zu diesem Thema! Die sind dafür zuständig!)

Wir brauchen geeignete Rahmenbedingungen. Deshalb muss das Gentechnikgesetz, wie es Kollege Lehmer gesagt hat, weiter novelliert werden, so wie dies in der Begründung des heute vorgelegten Gesetzentwurfs festgeschrieben ist.

An die Adresse der CDU/CSU muss die Frage gerichtet werden: Kann sich die Öffentlichkeit darauf verlassen, dass das, was im Koalitionsvertrag und in der Gesetzesbegründung festgeschrieben ist, auch tatsächlich umgesetzt wird?

(Irmingard Schewe-Gerigk [BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN]: Nein! Natürlich nicht! – Ulrike Höfken [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist doch keine Bibel!)

Dies muss glaubwürdig hier vertreten und anschließend umgesetzt werden. Denn die vollständige Novellierung des Gentechnikgesetzes ist unter Rot-Grün gescheitert.

(Ulrike Höfken [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Bei der Mehrwertsteuer wolltet ihr das auch nicht haben!)

Eine Zustimmung der FDP zu diesem Gesetz ist davon abhängig, dass die Novellierung des ersten Gesetzes bis zur Sommerpause verbindlich zugesagt wird. Was wir Rot-Grün nicht haben durchgehen lassen, lassen wir auch einer großen Koalition nicht durchgehen. Das muss ganz klar sein.

Herr Minister, die „Welt“ hat Ihnen schon jetzt einen Verlust an politischer Glaubwürdigkeit attestiert.

(Ulrike Höfken [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Zu Recht!)

– Ja, die Glaubwürdigkeit ist zu Recht nicht mehr gegeben; denn er spricht mal so und mal so. – Herr Minister, schaffen Sie Klarheit!

- (B) Bemerkenswert ist aber auch der Kommentar in der „FAZ“ zur Sendung „Menschen bei Maischberger“, in der es um das Thema „Hysterie ums Essen?“ ging. Ich denke, einige von Ihnen haben sie gesehen. (D) Wissenschaftler durften nicht dabei sein, heißt es. Es ging ja um Gentechnik. Ich frage Sie: Ist das wirklich repräsentativ für den Wissensstandort Deutschland?

Ein großes Thema in dieser Legislaturperiode wird der Einsatz von **Biomasse zur Energiegewinnung** sein. Bei der energetischen Nutzung von Biomasse kommt es auf Masse an; sonst ist die Biomassennutzung nicht wettbewerbsfähig. Mais kann als C4-Pflanze besser als unsere heimischen C3-Pflanzen Kohlenstoff assimilieren. Herr Biologe, Sie können es sicher bestätigen. Deshalb setzen die Betreiber von Biogasanlagen auf den Mais. Deswegen ist die Strategie der Landwirte richtig, Bt-Mais in Deutschland anzubauen. Dies geschieht auf mehr als 1 000 Hektar.

(Ulrich Kelber [SPD]: Schon mal was von kombiniertem Anbau gehört?)

Deutschland ist ein Hochlohnland. Wir sind ein rohstoffarmes Land. Deswegen müssen wir in Deutschland auf Innovationen setzen. Das ist eine Aufgabe für die Bildungs- und Forschungspolitik. Es muss aber auch die Aufforderung an die gesamte Gesellschaft geben, Innovationen offen zu begegnen, statt sie emotional auszugrenzen.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:
Sie müssen bitte zum Ende kommen.

Dr. Christel Happach-Kasan (FDP):
Frau Präsidentin, ich komme zum Schluss.

Wem die Menschen in diesem Land am Herzen liegen, wer sich für die Zukunftschancen unserer jungen Menschen einsetzt, sollte endlich die Scheuklappen ablegen, diffuse Ängste in den Müll werfen und für Innovationen werben: für die Anwendung der grünen, der roten und der weißen Gentechnik.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

- (A) **Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:** (C)
Das Wort hat die Kollegin Elvira Drobinski-Weiß von der SPD-Fraktion.
(Beifall bei der SPD)

Elvira Drobinski-Weiß (SPD):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir bringen heute den Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Gentechnikgesetzes ein, um damit endlich die EU-Freisetzungsrichtlinie komplett umzusetzen. Die Zeit drängt. Wir müssen einer Verurteilung durch den Europäischen Gerichtshof wegen Nichtumsetzung zuvorkommen; denn niemand, so denke ich, wird wirklich wollen, dass wir in die Situation kommen, Strafzahlungen leisten zu müssen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich bin froh darüber, dass wir uns mit dem Koalitionspartner darauf einigen konnten, dieses dritte Gentechnikänderungsgesetz auf die Regelungen zu beschränken, die zur Umsetzung der EU-Freisetzungsrichtlinie noch ausstehen.

Es sei mir als SPD-Abgeordnete aber die Bemerkung gestattet: Das hätten wir schon früher haben können,

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

nämlich im Sommer letzten Jahres, als unser zweites Gentechnikänderungsgesetz hätte verabschiedet werden können, hätte das nicht die Mehrheit im Bundesrat verhindert.

(Ulrich Kelber [SPD], zur FDP gewandt: Fast wortgleich, Frau Happach-Kasan! Wo waren Sie da?)

Ich denke, es ist wichtig, hier noch einmal deutlich darauf hinzuweisen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Christel Happach-Kasan [FDP] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

Der Einsatz der Gentechnik in der **Landwirtschaft** und in der **Lebensmittelproduktion** ist ein sensibles Thema. Denn 79 Prozent der Verbraucherinnen und Verbraucher lehnen gentechnisch veränderte Lebensmittel ab.

- (B) (Beifall bei Abgeordneten der SPD, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN) (D)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Würden Sie denn eine Zwischenfrage gestatten?

Elvira Drobinski-Weiß (SPD):

Nein. – Deshalb ist es so wichtig, dass sie die Wahl haben und selbst entscheiden können, ob sie gentechnisch veränderte Produkte kaufen wollen oder nicht. Deshalb ist es so wichtig, dass der Schutz der konventionellen und ökologischen Landwirtschaft vor Einträgen aus dem GVO-Anbau gewährleistet bleibt, damit eine gentechnikfreie Landwirtschaft weiterhin möglich ist und den Verbraucherinnen und Verbrauchern gentechnikfreie Produkte angeboten werden können.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Hier gibt es Arbeitsplätze, Frau Kollegin, und nirgendwo anders.

Wir wollen die Chancen der Gentechnik nutzen. Deshalb haben wir uns im Koalitionsvertrag darauf verständigt, die Forschung auf diesem Gebiet weiter zu fördern. Insbesondere im Bereich der so genannten weißen Gentechnik sehen wir großes Potenzial.

Wir halten aber daran fest, dass der Schutz von Mensch und Umwelt Vorrang vor wirtschaftlichen Erwägungen haben muss und dass Koexistenz und Wahlfreiheit gewahrt bleiben müssen.

(Zuruf von der CDU/CSU: Sehr richtig!)

Für uns haben die Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher Priorität.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Es ist unsere Pflicht, dafür zu sorgen, dass die Mittel zum Leben, die 80 Prozent der Menschen in Deutschland haben wollen, weiterhin produziert werden können. Das hat auch mit Demokratie und wirtschaftlichem Erfolg zu tun.

- (A) Mit Besorgnis habe ich die Erwägung der Firma Hipp aufgenommen, bei zunehmendem Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen in Deutschland die Rohstoffe für ihre Kindernahrung künftig aus dem Ausland beziehen zu wollen. Wie jedes intelligente und erfolgreiche Unternehmen richtet Hipp sein Angebot nach den Bedürfnissen seiner Kundinnen und Kunden aus. Vermutlich steht diese Firma mit solchen Erwägungen nicht allein. (C)

(Ulrich Kelber [SPD]: Das stimmt!)

Ich bin dankbar, dass sie öffentlich geäußert worden sind.

(Beifall bei der SPD)

Denn dadurch haben wir die Chance, darauf zu reagieren. Einigen von uns wird vielleicht erst dadurch klar, dass eine Absenkung des Schutzniveaus für die gentechnikfreie Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion sowohl von den Verbraucherinnen und Verbrauchern sowie den Landwirten als auch von einem Teil der Unternehmen als Bedrohung wahrgenommen wird.

Ich möchte Herrn Hipp und möglicherweise noch viele andere Unternehmer aus der Lebensmittelwirtschaft heute von hier aus beruhigen: Wir sorgen dafür, dass bei uns weiterhin gentechnikfrei angebaut werden kann. Die Unternehmer werden weiterhin gentechnikfrei produzieren können und ihre Kundinnen und Kunden werden weiterhin ihre Ware aus gentechnikfreien Rohstoffen auch aus Deutschland kaufen können.

(Beifall bei der SPD)

Wenn wir mit dem heute vorliegenden Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Gentechnikgesetzes die EU-Freisetzungsrichtlinie umgesetzt haben werden, werden wir dafür eine gute Grundlage geschaffen haben. Wir werden diesen Entwurf natürlich noch eingehend beraten, aber ich bin zuversichtlich, dass wir die darin geregelten Verfahrensfragen bald mit großer Mehrheit verabschieden können. Viel Spielraum haben wir dabei ohnehin nicht, da es sich um die Umsetzung von EU-Recht handelt.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

- (B) **Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:** (D)

Das Wort hat die Kollegin Dr. Kirsten Tackmann von der Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Kirsten Tackmann (DIE LINKE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Gäste! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Koalitionsvertrag sagt zur Umsetzung der EU-Freisetzungsrichtlinie:

Der Schutz von Mensch und Umwelt bleibt, entsprechend dem Vorsorgegrundsatz, oberstes Ziel des deutschen Gentechnikrechts. Die Wahlfreiheit der Landwirte und Verbraucher und die Koexistenz der unterschiedlichen Bewirtschaftungsformen müssen gewährleistet bleiben.

Nur, die Politik dieser Regierung verletzt diese Grundsätze. Keines der diskutierten gesundheitlichen oder ökologischen Risiken der grünen Gentechnik ist widerlegt. Dagegen mehren sich die bestätigenden Hinweise. Ihre Anwendung jetzt dennoch zu forcieren, halten wir für schlichtweg unvereinbar mit dem Vorsorgegrundsatz.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Dr. Reinhard Loske [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die **Freisetzung gentechnisch veränderter Pflanzen** in ein offenes System nimmt den Menschen die Wahlfreiheit, zumindest schleichend. Nichtanwender werden früher oder später Verunreinigungen hinnehmen müssen, weil es viele nicht oder kaum kontrollierbare direkte und indirekte Verschleppungswege gibt. Zum Beispiel werden Rapsollen über 26 Kilometer verbreitet, Rapsamen bleibt über viele Jahre hinweg im Boden keimfähig.

Mit diesem Gesetz wird deshalb „gentechnikfrei“ in Zukunft nur noch die Einhaltung von Grenzwerten bedeuten. Das sollte den Menschen dann auch ehrlich gesagt werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Unbeantwortet ist die Frage nach den Kosten von Maßnahmen zur Koexistenz. In einer von der EU-Kommission in Auftrag gegebenen Studie werden die Kosten bei Raps, Mais und Kartoffeln auf 53 bis

- (A) 345 Euro pro Hektar geschätzt. Wer bezahlt solche zusätzlichen Aufwendungen? Wer haftet für trotzdem eingetretene Schäden? (C)

Aber davon abgesehen: Ihr Versprechen für Koexistenz und Wahlfreiheit ist nach Lage der Dinge unredlich, weil es nicht haltbar ist.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Fraktion Die Linke steht an der Seite der vielen Landwirte, die die grüne Gentechnik strikt ablehnen und sich ihr uraltes Nachbaurecht nicht durch Gentech-Konzerne nehmen lassen wollen. Wir stehen an der Seite der übergroßen Mehrheit der Verbraucherinnen und Verbraucher, die solche Lebensmittel nicht wollen. Ihre Interessen haben für uns eine höhere Priorität als gigantische Gewinnerwartungen von Gentech-Konzernen.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir sind keine Maschinenstürmer, aber die grüne Gentechnik ist eine Risikotechnologie, deren Schäden nicht rückholbar sind. Freilandanwendungen sind daher unbeherrschbare Großversuche.

Die gegebenen Versprechen hat sie nicht erfüllt: In den USA werden auf Genfeldern bereits 13 Prozent mehr **Pestizide** versprüht als auf konventionell bewirtschafteten Äckern, mit stark zunehmender Tendenz. Vor allem herbizidresistenter Genraps ist zu einem hartnäckigen Unkraut geworden, weil sich viele verschiedene Genrapsorten untereinander gekreuzt haben und nun gegen alle eingesetzten Totalherbizide resistent sind.

Es gibt also keinen Grund zur Entwarnung. Es steht mehr denn je die Frage im Raum, ob grüne Gentechnik überhaupt gebraucht wird.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das sehen wohl auch die über 160 Regionen, 3 500 Städte und Gemeinden, die sich zu gentechnikfreien Zonen erklärt haben, und Zehntausende Bauern so.

Es stellt sich abschließend die Frage: In wessen Interesse handelt die Regierung?

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(B)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Das Wort hat die Kollegin Uli Höfken, Bündnis 90/ Die Grünen.

Ulrike Höfken (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Tackmann, Ihre Rede hat mich echt gefreut. Ich fände es aber auch gut, wenn die Linke, die in Mecklenburg-Vorpommern an der Regierung beteiligt ist, da aber leider unter dem Tisch sitzt, wenn es um das Thema Gentechnik und Agrogentechnik geht, sich einmal etwas lauter äußern

(Zuruf von der SPD: Hört! Hört!)

und das unglaubliche Vorpreschen in diesem Punkt vielleicht doch etwas bremsen würde.

(Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Fragen Sie mal Herrn Methling!)

– Wir haben erlebt, wie Sie sich im Bundesrat verhalten haben.

Ich habe gestern im Bayerischen Fernsehen eine Sendung zum Thema „Hipp kontra Seehofer“ gesehen. Da ging es um die Frage: Gefährdet Seehofer die 150 000 Arbeitsplätze in der Biobranche, die 1 200 Arbeitsplätze in seinem Wahlkreis bei Hipp oder die vielen Hunderttausend Arbeitsplätze in der Qualitätserzeugung? Ich denke, das sind Fragen, die sich auch die CSU stellen sollte. Sie können sich übrigens einmal bei der BioFach diesen innovativen Bereich der Lebensmittelerzeugung ansehen. Es ging in der Sendung auch um die Gentechnikoffensive, die in Bayern gestartet werden sollte und die dann aufgrund der Abwehr der Bevölkerung zurückgezogen wurde.

Ich sage ganz klar: Es ist zu begrüßen, dass die große Koalition das „grüne“ Gentechnikgesetz – oder das rot-grüne; schön, wenn Sie dazu stehen – heute wieder einbringt. Gut ist, dass die wichtigen Regelungen im Gentechnikgesetz erhalten bleiben, nämlich diejenigen, die die Haftung, die Transparenz im Standortregister und den Schutz ökologisch sensibler Gebiete betreffen. Es ist wichtig, dass diese Regelungen erhalten bleiben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

(D)

- (A) Es war im Übrigen ganz überflüssig, dass Sie, auch Sie von der FDP, dieses Gesetz im Bundesrat ein ganzes Jahr lang verhindert haben. (C)

(Dr. Christel Happach-Kasan [FDP]: Weil Sie das erste Gesetz nicht ändern wollten! Das wissen Sie ja!)

Die Androhung mit dem Zwangsgeld hat jetzt Einsicht gebracht. Ich denke aber, ebenfalls dazu beigetragen hat, dass viele der Kampfparolen gerade der CDU – und auch mancher SPDler –

(Peter Bleser [CDU/CSU]: Wir haben nicht nur Parolen; wir kämpfen auch! – Ute Kumpf [SPD]: Also, dieses Nachtreten!)

bezüglich der **Haftungsregelung** im Realitätstest durchgefallen sind. Sie haben auch keine bessere Lösung gefunden. Eine Pressemitteilung des Bauernverbands von heute – auch das ist eine Ente – besagt, dass die Pflanzenzüchter jetzt einen Haftungsfonds wollen. Das stimmt definitiv nicht. Die sagen wörtlich: Einen Haftungsfonds lehnen wir ausdrücklich ab.

Es sollte also so bleiben, wie es im geltenden Gentechnikgesetz geregelt ist. Wir warnen die große Koalition auch ganz klar davor – das hat sie ja offiziell angedroht –, nach dieser Novelle, in der es um die Umsetzung von EU-Recht geht, die Schutzregelungen für die gentechnikfreie Produktion zu verändern. Denn das wäre ein richtig schmutziger Deal, mit dem dann durch die Hintertür Anforderungen an die Sicherheit und an die Sorgfaltspflichten im Umgang mit der Agrogentechnik gelockert werden sollen, nach dem Motto: Wie definiere ich Schadensersatzansprüche so um, dass die Versicherer kein Risiko mehr haben?

(Dr. Christel Happach-Kasan [FDP]: Darum geht es nicht!)

Nein, das werden wir nicht durchgehen lassen. Uns geht es nämlich um die **Wahlfreiheit** von Bauern und Verbrauchern. Die sollten auch Sie im Blick haben, wenn die zweite Stufe, die Sie ankündigen, nicht der Weg in den Abgrund für Sie werden soll.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eins-zu-eins-Umsetzung heißt aber auch – das haben wir jetzt aus dem Fall der Maissorte MON 863 der Firma Monsanto gelernt –, dass es einer Verbesserung bei der Öffentlichkeitsbeteiligung bedarf. Das fordern die Umweltverbände zu Recht ein. Diese Forderung werden wir unterstützen. Mittlerweile gibt es auch ein Gerichtsurteil dazu.

- (B) (D)

Die versprochene Wahlfreiheit für Verbraucher, Bauern, Wirtschaft – nicht nur für Hipp, aber dem hat Herr Seehofer es öffentlich versprochen – kann es nur geben, wenn der Schutz der gentechnikfreien Produktion mit aller Seriosität aufrechterhalten wird. Das geht nur mit Beibehaltung des Gentechnikgesetzes von Rot-Grün.

(Dr. Christel Happach-Kasan [FDP]: Das muss novelliert werden!)

Daran darf nicht weiter herumgedoktert werden. Wir wollen Freiheit statt Zwangsbeglückung.

Danke schön.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Das Wort hat der Kollege Matthias Miersch von der SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Dr. Matthias Miersch (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin dem Kollegen Lehmer ausdrücklich sehr dankbar, dass er hier einen sachlichen Dialog eingefordert hat. Liebe Kollegin Happach-Kasan, wenn Sie von Kronzeugen sprechen, dann sage ich Ihnen: Zu einer umfangreichen Beweisaufnahme gehört natürlich auch die Kenntnisnahme von Dokumenten.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Dr. Reinhard Loske [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ein wesentliches Dokument, das dieser Debatte zugrunde liegt, ist der Koalitionsvertrag. Er ist eine hervorragende Grundlage, da er zwei feste Grundprinzipien berücksichtigt, nämlich erstens die Koexistenz und zweitens die Wahlfreiheit. Alle künftigen Regeln müssen sich an diesen zwei Grundwerten orientieren und messen lassen.

(A) (Beifall bei der SPD – Zuruf der Abg. Dr. Christel Happach-Kasan [FDP]) (C)

– Liebe Frau Kollegin Happach-Kasan, Sie haben sehr schnell gesagt, die Haftung müsse aufgelockert werden.

(Dr. Christel Happach-Kasan [FDP]: Habe ich nicht gesagt!)

Ich rate Ihnen: Schauen Sie sich einfach einmal an, wie schwer es bereits heute für einen Landwirt, der konventionell arbeitet, beispielsweise im Fall der Lieferung von mangelhaftem Saatgut ist, seine eigentlich ganz klaren Ansprüche in der Praxis durchzusetzen.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Ulrike Höfken [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wenn wir **Koexistenz** ernst nehmen wollen, dann müssen wir die Praxis berücksichtigen. Die Existenz muss gewährleistet sein. Es kann nicht sein, dass Prozesse jahrelang ausgefochten werden müssen, bevor man Schäden ersetzt bekommt.

(Dr. Christel Happach-Kasan [FDP]: Richtig! Deswegen brauchen wir in dem Gesetz den Haftungserhalt!)

Neben der Koexistenz ist die **Wahlfreiheit** der zweite feste Grundwert. Wahlfreiheit setzt Transparenz voraus, und zwar an allen Stellen.

(Beifall des Abg. Ulrich Kelber [SPD])

Dieser Grundwert, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, ist jetzt betroffen. Die EU-Freisetzungsrichtlinie stellt das Recht der Öffentlichkeit auf Information in den Mittelpunkt. Frau Kollegin Höfken, manchmal kann man bestehende Entwürfe – selbst dann, wenn die Grünen daran mitgewirkt haben – noch verbessern.

(Ulrike Höfken [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Habe ich auch gesagt!)

Insofern möchte ich das Hohe Haus bitten, einen Punkt zu berücksichtigen: Wenn wir uns den Gesetzentwurf, wie er augenblicklich vorliegt, ansehen, dann stellen wir fest, dass in § 28 a zahlreiche Einschränkungen genannt werden. Ich glaube, wir tun gut daran – auch wenn die Debattenzeit und die Beratungszeit im Ausschuss kurz bemessen sind –, uns diesen Punkt noch einmal genau anzusehen und ihn mit dem Ziel der EU-Freisetzungsrichtlinie zu vergleichen, in der eindeutig geregelt ist, dass das **Recht der Öffentlichkeit auf Information** ein hohes Gut ist.

(B) (D)

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Die grüne Gentechnik ist sicherlich ein Thema, zu dem man geteilter Meinung sein kann. Ich glaube, die Koalitionsfraktionen haben mit dem Koalitionsvertrag eine gute Grundlage beschlossen. Wir müssen jetzt über dieses Thema streiten. Alle, die meinen, in diesem Bereich müsse liberalisiert und aufgeweicht werden, müssen berücksichtigen, dass es letztlich um die Frage geht, ob derjenige, der auf eine jahrhundertealte Tradition setzt, in seiner Rechtsposition geschützt werden sollte, und derjenige, der – zu Recht – eine neue Technologie verwendet, für eventuelle Schäden haften muss. Ich finde, das ist eine Selbstverständlichkeit. Daran sollten wir uns und alle zukünftigen Regeln messen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Kollege Miersch, das war hier Ihre erste Rede. Dazu gratulieren wir Ihnen ganz herzlich und wünschen Ihnen viel Erfolg bei Ihrer parlamentarischen Arbeit.

(Beifall)

Ich schließe hiermit die Debatte.

Interfraktionell wird vorgeschlagen, die Vorlage auf Drucksache 16/430 zu überweisen, federführend an den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz und zur Mitberatung an den Rechtsausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Gesundheit, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit sowie an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung. Gibt es dazu weitere Vorschläge? – Das ist offensichtlich nicht der Fall. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

(...)